



An:
Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung
- Ortsgruppe Hannover -
Kochstraße 6
30451 Hannover

Betreff: Antworten auf Ihre 12 Fragen zum Bezug der Überwachung

1.)

Die Demokratische Eliten Partei (DEP) lehnt jede verdachtsunabhängige Protokollierung und Überwachung von Bürger und Bürgerinnen kompromisslos ab. Studien belegen, dass die Vorratsdatenspeicherung nicht effektiv bei der Bekämpfung von Kriminalität und nicht besonders zur Aufklärung von Straftaten beiträgt. (Aufklärungsquote liegt bei 0,06 Prozent)

Die Vorratsdatenspeicherung bringt Mehrkosten für die Telekommunikationsanbieter und birgt die Gefahr, sich überall vom Staat beobachtet zu fühlen. Daher lehnt die DEP strikt die Vorratsdatenspeicherung ab.

2)

Die Demokratische Eliten Partei (DEP) ist der Meinung, dass die verdachtsunabhängige Überwachung ein Verstoß gegen die Verfassung bedeuten würde. Allerdings muss bei großen Veranstaltungen oder bei Orten, bei denen mit Gefahr zu rechnen ist, eine gewisse Sicherheit gewährleistet werden. Diese kann in Form von polizeilicher Präsenz oder Sicherheitskameras erfolgen.

Allerdings ist es unumstritten wahr, dass Sicherheitskameras keine Sicherheit bringen, sondern hauptsächlich zur Aufklärung von Straftaten dienen können. Es müssen also die Grundrechte abgewägt werden.

Die Überwachung durch Sicherheitskameras sollte die Ausnahme bleiben und nur bei konkreten Gefahren oder bei großen Veranstaltungen angewendet werden. Daher ist die DEP zu dem Thema neutral.

3.)

Die Einführung eines Katasters lehnt die DEP ab, da sonst dieses möglicherweise in die falschen Hände kommen könnte.

Dadurch würde es den Zweck einer Sicherheitskamera nehmen, nämlich die Aufdeckung und Aufklärung einer Straftat, falls dem Täter der genaue Ort bekannt ist.

4.)

Die DEP befürwortet das Vermummungsverbot, um Personen zu identifizieren, die einen Straftatbestand begangen haben.

Dürfe sich jede Person vermummen, wäre es schwieriger den Straftaten nachzugehen und dies würde eine Behinderung der Justiz darstellen.

5)

Die Demokratische Eliten Partei ist der Ansicht, dass jeder Polizeibeamter eindeutig identifizierbar sein sollte, mithilfe einer individuellen Nummer.

Damit ist die Anonymität gegeben, da kein konkreter Name zu sehen ist und für mögliche Rückfragen oder Beschwerden besteht dann die Möglichkeit, sich an jemanden zu wenden.

6)

Die NSU-Affäre hat gezeigt, dass auch die vielen Verfassungsämter nicht unbedingt in der Lage sind, vor extremistischen Taten zu warnen oder zu schützen. Die DEP ist zu dem Thema neutral, da der Staat vor Gefahren aufklären und schützen muss.

Andererseits agiert der BND, MAD und die Verfassungsämter mitunter sehr orientierungslos, was die Frage zulässt, ob diese Ämter ihren Zweck erfüllen.

7.)

Die DEP lehnt Polizeidrohnen ab und befürwortet ein Verbot der Drohnen.

Die Anschaffungskosten der Drohnen sind sehr hoch und diese erfüllen keinen genauen Zweck zur Gewährleistung der Sicherheit.

8.)

Die Demokratische Eliten Partei ist zu dem Thema: „Nichtnutzung von und Nichtkooperation von Systeme wie Sonderdateien“, neutral.

Der Staat muss dem Bürger, Sicherheit gewährleisten, aber darf niemanden konkret unter Generalverdacht stellen.

9.)

Der Staatstrojaner ist zu verbieten. Die DEP sieht daran, ein Gesetzesbruch, begangen vom Staat selber. Daher wird dieser Vorschlag von der Partei abgelehnt.

10.)

Die Politik sollte transparenter werden. Die DEP unterstützt Vorschläge, die dazu beitragen, dass die Gesellschaft mehr an der Politik beteiligt werden kann.

Wir befürworten daher die grundsätzliche Öffnung aller Landtagsausschuss-Sitzungen.

11.)

Die Demokratische Eliten Partei befürwortet ein bürgerfreundliches Informationsfreiheitsgesetz für Niedersachsen.

Das Informationsfreiheitsgesetz muss aber dafür sorgen, dass es gebührenfrei ist, Informationen von den Behörden zu bekommen.

12.)

Die DEP ist der Meinung, dass die Behörden auch online für die Bürger und Bürgerinnen erreichbar sein müssen.

Durch die Nutzung von Facebook und Co., durch die Behörden, wird eine bessere Erreichbarkeit gewährleistet.

Besonders bei jüngeren Bürger und Bürgerinnen kann es sein, dass sie leichter und schneller eine Behörde auffinden, als bei dem offiziellen Webaufttritt.

Daher wird ein solches Verbot abgelehnt, da es zudem viele andere Baustellen gibt, bei denen Steuergelder, zum Teil sinnlos verwendet werden

Mit freundlichen Grüßen

Jens Schoon

- Demokratische Eliten Partei, Vorsitzender

Für weitere Fragen steht die Partei, Ihnen gerne zur Verfügung.

Internet: www.die-elite.info

E-Mail: vorstand@die-elite.info

Telefon: 04462 / 2046755